

**Sachsen als ostdeutsches Bundesland – Positionspapier zur
Bundestagswahl 2017**

Information aus der Landesvorstandssitzung vom 7. April 2017

Information:

Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen nimmt das Papier zur Kenntnis, wird dieses in die Diskussion zum Bundestagswahlprogramm im Landesverband Sachsen mit einfließen lassen und bittet um Diskussion innerhalb Gliederungen.

Eine abschließende Beratung und Beschlussfassung erfolgt bei der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand im Juni 2017.

Politische Botschaft:

Der Landesvorstand hat für die Diskussion des Bundestagswahlprogrammes, aber auch für die Schwerpunktsetzung im Rahmen der Bundestagswahl in Sachsen beschlossen, dass sich drei Schwerpunkten intensiv zugewandt wird. Europa, Ostdeutschland und Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sollen dabei sachsenspezifisch bearbeitet werden um die Themen anknüpfungsfähiger zu machen und besondere Problemlagen für Sachsen herauszuarbeiten.

Weiterhin wurde sich verständigt, dass das Thema Mieten in der Art aufbereitet werden soll, dass insbesondere das Spannungsverhältnis der Problematik zwischen Großstädten und ländlicheren Räumen herausgearbeitet wird.

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

f.d.R.

Dresden, den 7. April 2017



Antje Feiks – Landesgeschäftsführerin

1 1.

2 Verfolgt man durch die Vertretung ostdeutscher Interessen im Rahmen linker Politik ein
3 Einzelinteresse im Widerspruch mit der gesamtdeutschen Ausrichtung der Bundespartei? Eine Frage,
4 die immer wieder aufgeworfen und meist damit beantwortet wird, dass die Unterschiede zwischen Ost
5 und West nur mehr gering seien und die politische Unterscheidung selbst die Diskriminierung eher
6 noch festschreibt.

7 Es ist aber ein wesentliches Charaktermerkmal linker Politik, Differenzen zu erkennen, sowohl positive
8 als auch negative, und die Unterschiede, die uns bereichern, von den Ungerechtigkeiten, die uns
9 spalten, zu trennen und ihnen zu einer politisch menschenwürdigen Sprache zu verhelfen. Da wir uns
10 auch als Interessensvertreterin aller Ausgegrenzten, Marginalisierten, Diskriminierten,
11 Abstiegsgefährdeten und Ausgebeuteten verstehen, müssen wir all diese Ausgrenzungen,
12 Marginalisierungen, Diskriminierungen, Ausbeutungsverhältnisse und Ängste ernst nehmen und
13 politische Lösungsvorschläge liefern, die allen Menschen einer Gesellschaft ein Leben in
14 Menschenwürde ermöglichen. Der Osten Deutschlands stellt in diesem Sinne eine Verschränkung
15 verschiedener Probleme von Diskriminierung und Ausbeutung dar, eine Zusammenballung an
16 Krisenregionen, derer wir uns politisch annehmen müssen.

17

18 2. Ein Entwicklungsplan für Ostdeutschland am Beispiel Sachsens

19

20 I) **Gegen Erwerbsarmut: Wir fordern gerechte Löhne für alle!**

21 Eines der größten Probleme in den neuen Bundesländern sind die im Vergleich zu Westdeutschland
22 niedrigeren Löhne und Renten. Der sozio-ökonomische Graben zwischen West und Ost wird erst dann
23 beseitigt, wenn der Lohnunterschied von 25% zuungunsten ostdeutscher Beschäftigter an das West-
24 Niveau angeglichen wird. Entsprechende Lohnunterschiede gibt es auch bundesweit bei der
25 Einkommensschere zwischen Mann und Frau oder dem Nord-Süd-Gefälle im Westen. Bei den Löhnen
26 fordert DIE LINKE Geschlechtergerechtigkeit. Es ist längst Zeit, dass Frauen genauso viel wie Männer
27 verdienen und ihnen der Aufstieg in Führungspositionen erleichtert wird. Um dies zu gewährleisten,
28 müssen vor allem im Osten mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge eingeführt, der gesetzliche
29 Mindestlohn auf 12 Euro angehoben und Leiharbeit und Werkverträge verboten werden. Es darf keine
30 Niedriglohnregionen geben! Damit bekämpfen wir Erwerbsarmut! Die Menschen müssen von ihren
31 Löhnen und Gehältern menschenwürdig leben können.

32

33 II) **Gegen Frauenarmut: wir fordern und fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt!**

34 Die Einkommen sind nicht nur regional ungerecht verteilt, sie sind es auch, was Geschlechter
35 anbelangt. Dadurch sind ostdeutsche Frauen zweifach diskriminiert. Im Osten haben wir vor allem
36 sehr viele teilzeitbeschäftigte Frauen, Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen. Solche Verhältnisse
37 fördern Frauen- und Kinderarmut und führen letztlich in die Altersarmut, weil Frauen auch eine
38 deutlich niedrigere Rente als Männer erhalten. Auch bei den Renten fordern wir
39 Geschlechtergerechtigkeit!

40 Neue gesetzliche Grundlagen für Frauenförderung und Geschlechtergleichstellung müssen auf
41 eingehenden geschlechter-orientierten Armutsanalysen basieren. Ein erster Schritt muss ein
42 Landeskonzert zur Bekämpfung von Frauenarmut sein. Konzepte auf Bundesebene beinhalten zwar
43 die symbolische Anerkennung der Armut als deutschlandweites Problem, sie sind aber nicht regional-
44 spezifisch ausgerichtet und beachten die teilweise erheblichen Differenzen nicht. Das Landeskonzert

45 muss Frauenarmut als Querschnittsproblem betrachten und nicht nur den Fokus auf Erwerbsarbeit
46 legen. So genannte „Frauenberufe“ müssen durch Förderprogramme und Initiativen aufgewertet
47 werden. Klischees, die solchen Berufen anhaften, müssen abgebaut und junge Männer zum Ergreifen
48 solcher Berufe ermutigt werden. Im Gegenzug müssen junge Frauen darin unterstützt und gefördert
49 werden, auch traditionelle „Männerberufe“ ergreifen zu können. Es werden vor allem auch
50 Beschäftigungs- und Weiterbildungsprogramme für Teilzeit- und Langzeitarbeitslose benötigt.
51 Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen verbessert werden; der
52 Ausbau von Kitas ist dabei nur ein Schritt.

53

54 **III) Gegen Kinder- und Jugendarmut: wir sichern Zukunftsperspektiven!**

55 Niedrige Löhne führen zu Erwerbsarmut, vor allem für Frauen. Letztendlich überträgt sich diese Armut
56 auch auf deren Kinder. Die LINKE. Sachsen akzeptiert nicht, dass es in einem der reichsten Länder der
57 Welt Kinder gibt, die in Armut leben, in Armut aufwachsen und die Folgen dieser Armut in der
58 Gesellschaft überall zu spüren bekommen. Neben dem Ausbau der vorhandenen sozialen Infrastruktur
59 in Form von Schulen und Kitas fordern wir die Einführung von Förderungs- und
60 Unterstützungssystemen, die der heutigen Wirklichkeit gerecht werden und einen halb-institutionellen
61 Rahmen annehmen. Wir fordern auch die Zurverfügungstellung von mehr öffentlichen Orten bzw.
62 Räumen, in denen Kinder sich sicher aufhalten können. Ausgebaut werden müssen Kinder- und
63 Jugendarbeit; Jugendclubs, Jugendhäuser, Ferienfreizeiten gehören dazu. Die öffentliche
64 Daseinsvorsorge in Form von Sportplätzen, Schwimmbädern, Musikschulen, Bibliotheken u. Ä.
65 gehören auch dazu. Mobilität muss gefördert werden. Wer sich bewegt, der ist auch mental beweglich.
66 Vor allem im Osten müssen die Vielschichtigkeit von Armutslagen und familiäre Situation
67 berücksichtigt und mehrdimensionale Problemlösungen gewährleistet werden. Beratung von Familien
68 und zu beziehende Leistungen müssen entbürokratisiert und nicht stigmatisierend oder
69 diskriminierend sein. Auf Bundesebene wird die Einführung einer eigenständigen
70 Kindergrundsicherung vorgeschlagen, die Kinder und Jugendliche aus Armut befreit und ihnen
71 gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die Grundsicherung umfasst den Ausbau der sozialen
72 Grundsicherungssysteme, der vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme, der sozialen Infrastruktur,
73 der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kinderbetreuung und Frühförderung
74 und der schulischen Bildung. Entweder wird die Kindersicherung eingeführt oder das Kindergeld
75 bedeutsam erhöht, um Kinder aus Armut zu befreien.

76

77 **IV) Gegen Altersarmut: wir kämpfen für Rentengerechtigkeit!**

78 Lange Erwerbsarmut führt irgendwann zu Altersarmut. Der Kernpunkt unserer Ostdeutschland-Politik
79 ist, endlich Rentengerechtigkeit herzustellen! Die gerechte Angleichung der Ost-Renten war das
80 politische Versprechen der Großen Koalition, ein gebrochenes Versprechen, denn der Rentenwert ist
81 für Ostdeutsche im Durchschnitt um 6 Prozent geringer als für Westdeutsche. Die steuerfinanzierte
82 Angleichung des Rentenwerts (Ost) an den Rentenwert West unter Beibehaltung der Umrechnung
83 (Höherwertung) der Entgelte würde das Versprechen erfüllen und die Ungerechtigkeiten auflösen. Ein
84 ost-spezifisches Rententhema ist die Rentenüberleitung; da sind viele Ungerechtigkeiten passiert. DIE
85 LINKE fordert, dass die Differenzierungen in den alten DDR-Alterssicherungssystemen berücksichtigt,
86 die Wahrung der Wertneutralität des Rentenrechts (keine politischen Sanktionen!) beibehalten und die
87 Versorgungsansprüche verschiedener Berufsgruppen über ein befristetes System ermöglicht werden.
88 Wir fordern Anerkennung und gerechte Wertung geleisteter Arbeit! Die Abwertung ostdeutscher

89 Biographien ist in diesem Zusammenhang zu sehen: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und
90 die soziale Wiedervereinigung werden erst durch eine gerechte Würdigung der Lebensleistungen aller
91 Menschen auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik hergestellt.

92

93 **V) Aktive Regional- und Strukturpolitik: für einen inklusiven und solidarischen** 94 **Föderalismus!**

95 Schlechte Rahmenbedingungen für die arbeitende ostdeutsche Bevölkerung führen zu Abwanderung.
96 In ostdeutschen Gebieten gibt es "entleerte Regionen". Die jungen Arbeitstüchtigen ziehen dorthin, wo
97 sie Arbeit finden können. Zurückbleiben hauptsächlich ältere Menschen, die auf Pflege angewiesen
98 sind. Menschen und Regionen verwaisten. Wir müssen das Auseinanderdriften verschiedener
99 Regionen verhindern! Weder die regionale noch die soziale Herkunft von Menschen dürfen bei der
100 Wahrnehmung von Lebenschancen und der Gewährleistung von Lebensqualität ein Hindernis
101 darstellen. Regionale Probleme gibt es nun nicht mehr nur zwischen Ost und West, sondern auch
102 zwischen Nord und Süd. Was allerdings auffällt: Während im Westen die Entwicklung einzelner
103 Regionen stockt, häufen sich die Problemregionen im Osten verstärkt. Wir fordern einen stabilisierten
104 solidarischen Föderalismus! Es muss mehr Verantwortung auf Länder und Kommunen übertragen
105 werden. Zur Finanzierung der gleichwertigen Entwicklung aller Regionen der Bundesrepublik fordert
106 DIE LINKE auf Bundesebene die Einführung des Solidarpakts III und die Errichtung eines speziellen
107 Regional- und Strukturfonds.

108 Die in den Merkel-Jahren entstandenen erheblichen Defizite müssen beseitigt werden: vom Stau bei
109 öffentlichen sowie privaten Investitionen bis hin zu strukturellen Innovationen in Schlüsselbereichen
110 wie Bildung, Forschung, Arbeitswelt, internationale Wirtschaftsbeziehungen und soziale Sicherung.
111 Landespolitisch muss die Transformation von Unternehmens- und Produktstrukturen ins Zentrum
112 gerückt, nachhaltige Ressourcennutzung belohnt, Innovation in Produktion, Wissenschaft und im
113 Dienstleistungssektor gefördert, regionale sowie sektorale Förderung zusammengeführt und zugleich
114 mit sozialen Kriterien (Tariftreue, Weiterbildung oder Familienfreundlichkeit) verbunden werden. Kleine
115 und mittelständische Unternehmen sollen Vorrang haben, Unternehmens- und Existenzgründungen
116 müssen besonders unterstützt werden.

117 Wir fordern mehr als nur Fördermittelvergabe; es sollen nicht nur finanzielle, sondern auch andere
118 materielle und immaterielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

119 Im Osten braucht es sowohl übergreifende Lösungsstrategien als auch auf regionale Besonderheiten
120 gemünzte Struktur- und Industriepolitik. Wer Regionen aufgibt, gibt letztendlich die Menschen in
121 diesen Regionen auf. Wir treten für eine struktur- und industriepolitische Transformation ein!

122

123 **VI) Gegen Diskriminierungen und Ausgrenzungen: Ostdeutsche Lebenswege und Leistungen** 124 **anerkennen!**

125 Ostdeutsche Biographien stoßen fast immer auf Unverständnis und (indirekte) Verurteilung. Sie
126 müssen sich oft mit einer gläsernen Decke konfrontiert sehen, einer Grenze, die ihren Handlungs- und
127 Entwicklungsbereich deutlich beschränkt. Versucht man politisch die lange bestehenden Differenzen
128 zu ignorieren, nimmt man auch individuellen Biographien deren Verständnisrahmen. Der Mauerfall, die
129 friedliche Revolution im Osten, ist eine Selbstbefreiung der Menschen, die gewürdigt werden muss.
130 Die heutigen ökonomischen Ungleichheiten sind ein Betrug an all diesen Menschen, die damals den
131 Mut hatten, sich den Verunsicherungen und Veränderungen auszusetzen, die die Auflösung eines
132 Staates mit sich bringen. Das ostdeutsche Selbstbewusstsein und die Anerkennung eigener

133 ostdeutscher Geschichte müssen institutionell und strukturell im Rahmen emanzipatorischer,
134 antidiskriminierender Maßnahmen gewürdigt werden. Lohn- und Rentengerechtigkeit sind in diesem
135 Sinne antidiskriminierend und emanzipatorisch. Armut nicht zu bekämpfen, bedeutet, sich an der
136 Abwertung menschlichen Lebens zu beteiligen; Armut muss in jedem Kontext beseitigt werden!

137

138 **Begründung:**

139 Es ist keine „verfehlte Nostalgie“ an sozialer Sicherheit, an gut bezahlter Arbeit oder einem
140 menschenwürdigen Altern zu hängen, sondern ein zu verwirklichendes Grundrecht jedes Einzelnen.
141 Diese Rechte werden gegenwärtig in der Bundesrepublik nicht von allen Menschen verwirklicht. Wir
142 stehen in der Pflicht, dies zu ändern! Die erhebliche Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich
143 geht mit sich verschlechternden Arbeitsbedingungen für Frauen und Minderheiten einher. Diese sind
144 es auch, die an der sozialen Spaltung am stärksten leiden. Mit unseren Vorschlägen zur Bekämpfung
145 von weiblicher Arbeitsprekarität tragen wir zur Auflösung sozialer Spaltungen bei. Frauenrechte zu
146 vertreten und Leistungen von Frauen in jedem Lebensbereich (Sorgearbeit) anzuerkennen, bedeutet
147 soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. Armut ist ein Fall von sich vertiefender sozialer Marginalisierung.
148 So sind es auch Diskriminierungserfahrungen basierend auf Geschlechtsidentität, Hautfarbe, Herkunft,
149 Religion etc. Viele dieser Diskriminierungen können sich überschneiden, werden oft politisch
150 unberücksichtigt und führen zu keinen richtigen Problemlösungen.

151 Viele Bevölkerungsgruppen werden mehrfach diskriminiert, darunter Frauen. Die Geschlechtsidentität
152 ist der Ausgangspunkt der Diskriminierung, dann stoßen noch soziale, regionale oder nationale
153 Herkunft dazu (man darf nicht aus ärmeren Verhältnissen stammen oder aus dem Osten kommen),
154 religiöse Zugehörigkeit, Aussehen und Alter (man darf weder dick noch alt sein) und sexuelle
155 Orientierung.

156 Laut einer Umfrage liege die Armutsgefährdung bei berufstätigen Frauen in Deutschland seit 2015 bei
157 10, 5%. Vor allem junge Frauen bis 24 Jahre sind Opfer der ungleichwertigen Lebensverhältnisse: Sie
158 weisen eine 50 % höhere Armutsgefährdung auf als Männer ihres Alters. Bei Teilzeitbeschäftigung sind
159 diese Zahlen nicht weniger besorgniserregend: jede fünfte Frau ist bei Teilzeiterwerbstätigkeit
160 armutsgefährdet. Die Lage ist schlimmer als im Rest Europas. Der Gender pay gap
161 (geschlechterspezifischer Lohnunterschied) ist dabei mit 22% einer der größten in Europa. Eine
162 dramatische Entwicklung im wirtschaftsstärksten Land Europas. Aber auch vollzeitbeschäftigte Frauen
163 leben an der Armutsgrenze.

164 In Sachsen leben fast 1,8 Millionen Frauen. Im Durchschnitt waren Frauen, die 2015 ein Kind zur Welt
165 brachten, 30,5 Jahre alt. Davon waren 59% nicht mit dem Vater des Kindes verheiratet. Etwa 64% der
166 25- bis 45-jährigen Frauen haben Kinder unter 18 Jahren, 96 000 davon Kinder unter 3 Jahren. Zwei
167 Drittel dieser Frauen gehen trotz Kleinkindern einer Teilzeitbeschäftigung nach. In Sachsen arbeiten
168 59% aller erwerbstätigen Frauen in Vollzeit; 79% aller Teilzeitbeschäftigten sind jedoch Frauen.

169 Damit können wir feststellen: Weniger traditionelle Familienkonstellationen sind in Sachsen, so wie
170 auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern, weit verbreiteter und werden durch eine
171 bestehende soziale Infrastruktur unterstützt. Ebenso die Tatsache, dass nach der Geburt des Kindes
172 früher wieder in die Arbeit zurückgekehrt wird. Das Negative aber überwiegt. Die derzeitige
173 Arbeitsmarktsituation fördert Frauen- und Kinderarmut und führt letztlich in die Altersarmut, weil
174 Frauen auch eine deutlich niedrigere Rente als Männer erhalten. Ein besonderer Fall sind da z.B. nach
175 DDR-Recht geschiedene Frauen; sie wurden im Einigungsvertrag einfach nicht berücksichtigt.

176 Sozialer Ausschluss und Sanktionen drohen einem in diesem Land in Armut Aufwachsenden von
177 Kindesbeinen an; durch Armut finden bereits ein Ausschluss und eine soziale Vorauswahl statt, die
178 Menschen psychisch und beruflich für das ganze Leben prägen. Ob es sich nun um Begabtenförderung
179 oder zusätzliche Betreuung bei Lernschwierigkeiten handelt, Urlaubs- oder Schulreisen
180 (Auslandserfahrung zur Horizonsweiterung), einfache Kino- bzw. Museumsbesuche oder das
181 Ergreifen von außerschulischen Aktivitäten, die schon für manchen berufsweisend waren – ein armes
182 Kind muss darauf verzichten und damit auch auf viele Möglichkeiten seiner Zukunft. Und eine
183 Gesellschaft, die ihre Kinder nicht fördert, gräbt sich damit ihr eigenes Grab. Ein armes Kind wird z.B.
184 viel seltener Akademiker*in, Künstler*in, Jurist*in oder Ärzt*in aufgrund der immer stärkeren
185 Bildungsvererbung in Deutschland; oft fehlt ein adäquates Unterstützungssystem für diejenigen, die
186 sich außerhalb ihrer sozialen Umgebung wagen wollen, um andere Welten zu entdecken. In solchen
187 Fällen hilft leider nicht mehr nur der Ausbau von Schulen und Kitas, deshalb fordern wir Förderungs-
188 und Unterstützungssysteme, die den Bedürfnissen heutiger Kinder und Jugendlichen gerecht werden.
189 Leider gehört der Freistaat Sachsen zum ärmeren Teil Deutschlands, eine ostdeutsche Realität, derer
190 sich die Linke seit Jahren annimmt. Die Armutsgefährdungsquote für Sachsen lag im Jahr 2014 z.B. bei
191 22, 3%, also über dem Bundesdurchschnitt (19%). Natürlich folgt die Kinderarmutsquote aus der
192 ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen. Das Kinderarmutsrisiko hängt auch von der
193 Haushaltsgröße ab: je kinderreicher ein Haushalt, desto größer das Armutsrisiko. Auch muss man
194 berücksichtigen, dass manche Menschen alleinerziehend sind, sich damit vielleicht nicht dem
195 traditionellen Familienbild verpflichtet fühlen oder ihre Lebensumstände darauf Einfluss genommen
196 haben. Auch Kinder von Migrant*innen wachsen oft in Armut auf; ihnen schadet ihre Herkunft
197 genauso wie den ostdeutschen Mitbürger*innen. Die Möglichkeiten für Solidaritätsbündnisse gibt es
198 überall. Wir wollen nicht, dass das einzige, was man in der Kindheit wirklich lernt, die Tatsache ist,
199 dass sich das Leben nicht lohnt.

200 Die Erinnerung an bessere Lebensverhältnisse ist in Ostdeutschland aus diesem Grund stark
201 geblieben. Von den einst errungenen sozialen Leistungen ist heute in Teilen noch eine ausbaufähige
202 soziale Infrastruktur vorhanden. Ein Erbe der DDR, das nach Anerkennung verlangt. Die bestehende
203 Abwertung der eigenen Geschichte muss in eine Umwertung verwandelt werden, mit der wir der
204 heutigen Bundesrepublik anhand von Erlebtem den Spiegel vorhalten. Diese Infrastruktur und das
205 damit zusammenhängende humanistische Menschenbild, das wir heute durch ein inklusiveres
206 anreichern, sind eine Alternative zur leistungsorientierten, spätkapitalistischen Gesellschaft, in der es
207 immer mehr Verlierer gibt. Wir wollen diese Spaltung zwischen Verlierern und Gewinnern beseitigen
208 und die Entwicklung des Einzelnen als Voraussetzung der Entwicklung der Gesellschaft herausstellen!
209 Die Infrastruktur, die wir noch in Ostdeutschland vorfinden – z.B. in Form von Kitas – zeigt uns das
210 emanzipatorische Potenzial, das die DDR ihren Bürger*innen angeboten hat. Diese Struktur
211 gewährleistete ökonomische Emanzipation und damit mehr Gleichstellung und Gleichberechtigung, in
212 der sich wiederum andere Formen von Zusammenhalt und Lebensentwürfen entwickeln konnten. Ein
213 Stück weit ist dieser Unterschied heute in der größeren Zahl der Geschiedenen, der Alleinerziehenden
214 und der außerhalb der Ehe geborenen Kinder sichtbar. In dieser Hinsicht kann das Erbe
215 Ostdeutschlands ein Vorbild für Gesamtdeutschland sein: Die soziale Sicherung und ökonomische
216 Emanzipation aller Menschen einer Gesellschaft gewährleisten nicht nur menschenwürdiges Leben,
217 sondern auch Entwicklung, Frieden und Vielfalt.